

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 36/39  
Telefax: 8 98 848 ppbn d  
Telefax: 21 06 64

## Inhalt

Dr. Hermann Scheer MdB erläutert die Perspektiven, die mit dem Abschluß der Wiener KSZE-Verhandlungen eröffnet wurden: Wegmarke zum Europäischen Haus.

Seite 1

Inge Wettig-Danielmeier, ASF-Vorsitzende, zieht eine Bilanz nach 70 Jahren Frauenwahlrecht: Mut für die Zukunft.

Seite 3

Prof. Dr. Uwe Holtz MdB verlangt eine Intensivierung der Tinnitus-Grundlagenforschung: Klingen im Ohr, das das Leben zur Hölle macht.

Seite 6

44. Jahrgang / 12

17. Januar 1989

Wegmarke zum Europäischen Haus

Zum Abschluß der Wiener KSZE-Konferenz

Von Dr. Hermann Scheer MdB

SPD-Obmann im Bundestagsausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle

Der Abschluß der Wiener KSZE-Konferenz ist eine Wegmarke zum Europäischen Haus. Er ermöglicht vor allem die Aufnahme von Verhandlungen über die Abrüstung konventioneller Waffen in Europa, die eine Verringerung der gigantischen Oberrüstung Europas in Aussicht stellen und über zusätzliche vertrauensbildende Maßnahmen, die die Transparenz der militärischen Aktivitäten beider Bündnisse erhöhen und damit ebenfalls zu mehr Sicherheit beitragen.

Die Verringerung von Mißtrauen und militärischen Drohpotentialen ist das Fundament für die qualitative Ausgestaltung eines friedlichen Systemwettbewerbs. So werden nicht nur die Sicherheit erhöht, die Militärausgaben gesenkt und diese Mittel für dringendere Aufgaben freierwerden können, sondern auch Hindernisse für die Ost-West-Zusammenarbeit auf anderen Gebieten können beiseite geräumt werden.

Das entspricht dem Konzept der SPD: Gemeinsame Sicherheit bezieht sich keineswegs ausschließlich auf militärische Probleme. Die Summe aus Vertrauensbildung, Abrüstung, Zusammenarbeit bis hin zu gegenseitigen ökonomischen Abhängigkeiten und Fortschritten bei der Verwirklichung der Menschenrechte garantiert den Frieden.

Der Abrüstungswille der Bundesregierung wird jetzt auf die Probe gestellt:

1. Die Verhandlungen über weitere Abrüstung der Atomwaffen in Europa dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden. Wenn wirklich konventionelle Asymmetrien zugunsten des Warschauer Vertrages der Grund für die atomaren Neurüstungspläne sind, darf die sowjetische Bereitschaft zu ihrer Beseitigung nicht durch eine neue Atomrüstung durchkreuzt werden.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Formuliert von Ullrich  
mit wertvollen Ratschlägen  
# Aquilon-Papier



2. Die Verhandlungen über die konventionelle Rüstung dürfen nicht dadurch ins Zwielficht geraten, daß der bisher einzige Abrüstungserfolg, das Mittelstreckenabkommen, faktisch durch andersartige Atomwaffen umgangen wird. Abrüstung darf nicht durch Aufrüstung an anderer Stelle umgangen werden. Wenn diese Aussage des Außenministers gilt, darf es keine der geplanten neuen land- und luftgestützten Atomwaffen geben.
3. Der Abbau der Fähigkeiten zum Überraschungsangriff verlangt nicht nur die für beide Seiten geltende Devise, wer mehr habe, müssen mehr abrüsten, sondern auch die Durchsetzung des Grundsatzes, daß dort am meisten abgerüstet werden muß, wo am meisten Rüstung ist. Dies ist vor allem die Region beiderseits der Bündnisgrenze. Überraschungsangriffe können nur von dort ausgehen. Deshalb muß die Abrüstung in den grenznahen Regionen besonderen Vorrang haben.
4. Wer die Umgehung von zukünftigen konventionellen Abrüstungsvereinbarungen verhindern will, muß einfach konsultierbare Schritte anstreben. Die Auflösung ganzer Verbände und die drastische Verringerung von Waffensystemen, ohne die ein militärischer Angriff gar nicht denkbar ist, können verifiziert werden. Auch im konventionellen Bereich sind Null-Lösungen der nötigen Kontrolle am ehesten zugänglich.
5. Am vernünftigsten ist es, nicht nur Überraschungsangriffe, sondern die Angriffsfähigkeit überhaupt unmöglich zu machen. Ein Konzept der NATO muß also die Fortsetzung des Abrüstungsprozesses auch nach dem Abbau der Asymmetrien forcieren.
6. Vertrauensbildende Maßnahmen können einen erheblichen Beitrag zur Stabilität in politischen Krisensituationen leisten. Gegenseitige Information und beiderseitig gleichermaßen zur Verfügung stehende Daten, wie sie ein gemeinsam betriebenes Aufklärungssatellitensystem bereithalten könnte, wären auch ein Teil gesamt-europäischer Sicherheitsstrukturen.

Die Vereinbarung einer KSZE-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit ist vor allem dann sinnvoll, wenn sie sich der Frage nach der Verhinderung weiterer ökonomischer Auseinanderentwicklung in Europa widmet.

Das Projekt der Menschenrechtskonferenzen weckt Hoffnung. Es bestätigt das SPD-Konzept, daß beharrliche Diskussion, die Lösung sicherheitspolitischer und ökonomischer Probleme den Menschenrechten dienen. Allerdings ist damit zu rechnen, daß insbesondere Rumänien, aber auch die DDR, die Einwände gegen eine allzu verpflichtende Aussage zur Verringerung des Zwangsumtausches erhoben hat, rasche Fortschritte für die Menschenrechte in Europa behindern werden.

(-/17.1.1989/vo-he/st)

Mut für die Zukunft

## 70 Jahre Frauenwahlrecht - 200 Jahre Kampf um Gleichheit

Von Inge Wettig-Danielmeier

Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Am 12. November 1918 erließ der Rat der Volksbeauftragten das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für Männer und Frauen; am 19. Januar 1919 konnten 17,7 Millionen wahlberechtigte Frauen und 15 Millionen wahlberechtigte Männer das erste Parlament der Weimarer Republik wählen: die Verfassungsgebende Nationalversammlung. In der kurzen Wahlkampfphase - sie dauerte nur zwei Monate - sprachen die Sozialdemokraten besonders die Frauen an: „Gleichstellung von Mutter und Vater“, „Gleichstellung der unehelichen Mütter“, „für die Rechte der unehelichen Kinder“, „gleiche Bildungsmöglichkeiten für Jungen und Mädchen“, „gleicher Lohn für gleiche Leistung“. Das sind die Programmforderungen der SPD, die erst Jahrzehnte später in den 70er Jahren umgesetzt wurden, einige sind bis heute unerfüllt. 37 Frauen wurden insgesamt in das erste Parlament der Weimarer Republik gewählt - ein Frauenanteil von 8,7 Prozent.

„Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit: sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist“ - so kommentierte Marie Juchacz selbstbewußt die Einführung des Frauenwahlrechts in ihrer ersten Rede vor der Nationalversammlung 1919.

Welche der Frauen, die nach Olympe de Gauges, der Kämpferin für die Rechte der Frau in der Französischen Revolution, für gleiche Rechte und insbesondere das Frauenwahlrecht gekämpft haben, hätte gedacht, daß Jahrzehnte nach der Einführung der Gleichberechtigung Frauen immer noch als Minderheit um ihre tatsächliche Gleichberechtigung kämpfen mußten? Daß Frauen im politischen Leben zwar das Recht erworben hatten zu wählen; aber damit noch lange nicht die Chance, gewählt zu werden. Noch 1980 saßen anteilig nicht mehr Frauen im Deutschen Bundestag als 1919 in die Deutsche Nationalversammlung eingezogen waren. Mit der Einführung des Frauen-Wahlrechts war nur ein Teilsieg erstritten worden, wenn auch ein viel wichtigerer als er uns manchmal erschienen ist.

Darauf hatten schon vor 1918 Vertreterinnen der bürgerlichen und insbesondere der sozialistischen Frauenbewegung hingewiesen. Wenn Clara Zetkin 1905 die Berufstätigkeit „für die volle soziale und rechtliche Gleichstellung des weiblichen Geschlechts mit dem männlichen von grundsätzlicher Bedeutung“ hielt, so hatte schon 1848 Luise Otto-Peters vom sächsischen Innenminister verlangt, „daß es nicht genug ist, wenn Sie die Arbeit für die Männer organisieren, sondern daß Sie dieselbe auch für die Frauen organisieren müssen...“

Politische und soziale Gleichstellung bedingen einander und nur gleichzeitig in allen Bereichen kann gesellschaftliche Gleichheit erreicht werden.

„Es gibt keine Befreiung der Menschheit ohne die soziale Unabhängigkeit und Gleichheit der Geschlechter!“ Mit dieser programmatischen Feststellung hatte August Bebel die Partei ermutigt und bezwungen. Auch wenn er wußte: „Es gibt Sozialisten, die Frauenemanzipation nicht weniger abgeneigt gegenüber stehen, wie der Kapitalist dem Sozialismus.“

Seit 1895 hatte die SPD immer wieder die Einführung des Frauenwahlrechts im Reichstag beantragt, immer wieder wurde sie von den bürgerlichen Parteien niedergestimmt, zuletzt im Sommer 1918. Erst die Revolution und die Tatsache, daß nur Sozialisten der SPD und USPD den Rat der Volksbeauftragten bildeten, brachte den Frauen das Wahlrecht am 12. November 1918. Die Revolution setzte nicht mehr durch als die „grundsätzliche“ Gleichberechtigung, die in der Weimarer Verfassung verankert wurde. Dreißig Jahre später, 1949, als die Verfassung für die zweite deutsche Demokratie beschlossen wurde, erstritt wieder eine Sozialdemokratin, Elisabeth Selbert, im Grundgesetz

die Gleichberechtigung von Männern und Frauen ohne Einschränkung. Sie schaffte es mit der Drohung, daß im Falle der Ablehnung in der gesamten Öffentlichkeit die maßgebenden Frauen dazu Stellung nehmen würden und damit die Annahme der Verfassung gefährdet sei. Und sie organisierte den Protest!

Dem Mut und der juristischen Kreativität von Elisabeth Selbert verdanken wir einen Verfassungssatz, der ohne Wenn und Aber die Gleichstellung verlangt. Trotzdem verwirklichte er sich nicht von selbst. Wo keine Klägerin ist, ist auch kein Richter; die rechtliche Gleichheit mußte vor dem Verfassungsgericht erstritten werden, zehn Jahre nach Inkrafttreten der Verfassung, wurde aber wieder nur stückchenweise „gewährt“. Erst 1976 verabschiedete die sozialliberale Koalition ein Familienrecht, das wenigstens die rechtlichen Grundlagen für die gleiche Beteiligung der Frauen am politischen und wirtschaftlichen Leben legte.

Fast unbemerkt war Mitte der sechziger Jahre die größte Revolution eingeleitet worden: mit der Reform des Bildungswesens und mit der finanziellen Ausbildungsförderung für alle erhielten Mädchen zum ersten Mal in der Geschichte unseres Landes gleiche Bildungschancen und sie nutzten sie.

Und dennoch standen sie gleich wieder vor neuen Schranken: der Einstieg ins Berufsleben wurde ihnen verwehrt: die Arbeitsmarktlage hatte sich verschlechtert. Die antiautoritär und emanzipiert denkenden Männer wollten gleichwohl die Verantwortung für Kinder und Familie lieber den Frauen überlassen; so ernst war alles nicht gemeint!

Aber diesmal behielten die alten Vorkämpferinnen Recht: So viele gut ausgebildete Frauen lassen sich nicht zurück an den Herd kommandieren. Die wiederbelebte und schnell erstarkende Frauenbewegung ließ sich nicht einfach zurückdrängen - es waren zu viele Frauen infiziert. Selbst wo Frauen resignierten, blieben andere Frauen unbeirrt bei ihren Forderungen. In den Parteien stand nicht mehr nur eine Frau im Ortsverein auf und forderte angemessene Beteiligung; es waren zehn, zwanzig, dreißig und mehr. Mit neuer Selbstsicherheit verlangten die Frauen ihr Recht.

Im 70. Jahr nach Einführung des Frauenwahlrechts bewegte sich die Männerwelt - und wieder einmal in der traditionsreichen SPD! Hatten die Genossen auch seit mehr als hundert Jahren die Gleichheit verlangt und versprochen: der Geist war willig und das Fleisch schwach!

Jetzt sollten den Worten auch Taten, und zwar ausreichend Taten, folgen! Noch in diesem Jahrhundert sollen Frauen und Männer zumindest in der SPD zu gleichen Teilen mitbestimmen. Sie sollen nicht nur wählen, sondern auch gewählt werden, mit Hilfe der Quote.

Der Quotenbeschluß allein ist national und international weit beachtet worden. Wenn die SPD diesen Beschluß erst Schritt für Schritt umsetzt, werden seine Wirkungen weit über unsere Partei hinausgehen und das Bild der politischen Parteien - aber auch anderer Organisationen - erheblich verändern. Auf dem Weg zu diesem Beschluß haben uns viele Männer geholfen, Frauenpower allein hätte nicht gereicht.

Stanislaw Lac schrieb: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Aber wo bleiben die Tätigkeitswörter?“ Jetzt, 200 Jahre nach der Französischen Revolution, sollen die Tätigkeitswörter nachgeliefert werden.

Die Quote ist natürlich nicht Ziel, sondern ein Mittel, um Gleichstellung zu verwirklichen. Wer Gleichheit nicht lebt, kann sie auch nicht durchsetzen. Und: Wer die Gleichstellung will, kann weder die Erwerbsarbeit noch die Familienarbeit lassen wie sie sind. Deshalb wollen wir einen Sechs-Stunden-Normal-Arbeitstag und wir wehren uns gegen die Anpassung der Menschen an Maschinenlaufzeiten!

Wir haben die Quote nicht erstritten, um uns von weiblichen Rollenzwängen zu befreien und stattdessen die alten männlichen Rollenzwänge für uns anzunehmen. Wir wollen nicht die besseren Männer sein! Wir wollen, daß endlich Männer und Frauen alle ihre Eigenschaften, Neigungen und Fähigkeiten leben können. Das fällt Männern wie Frauen schwer. Alle gewinnen dabei, aber alle müssen auch etwas abgeben. Und es sind häufig engagierte Feministinnen, die betreten schweigen, wenn ihnen gesagt wird, daß nicht nur der Mann Hausarbeit übernehmen muß, sondern die Frau auch ihre Besitzansprüche an ihre Kinder aufzugeben hat; die Liebe der Kinder teilen soll. Gesellschaftliche Gleichheit läßt Besitz an Menschen, auch an Kindern nicht zu, verbietet Ausschließlichkeitsansprüche.

Ist die Frauenfrage erledigt? Sie ist es nicht! Noch lange nicht! Hunderttausende von bitterarmen Rentnerinnen bezeugen jeden Tag die fortwährende Diskriminierung der Frauen.

Frauen sind so selbstbewußt wie nie. Sie lassen sich nicht mehr zurückdrängen! Sie wissen, daß der alte Gegensatz zwischen Mann und Frau schon lange unproduktiv geworden ist. Und immer mehr Männer wissen das auch! Wer eine menschliche Welt will, braucht ganze Menschen und nicht auf ihr Mann-Sein oder ihr Frau-Sein reduzierte Wesen.

70 Jahre Frauenwahlrecht mehr als ein Jubiläum? - Ich denke schon: Der Rückblick zeigt, was wir erreicht haben und er macht Mut für die Zukunft! (-/17.1.1989/st/ks)

\* \* \*

Klingen im Ohr, das das Leben zur Hölle macht

Zum Erfordernis, die Tinnitus-Grundlagenforschung zu verstärken

Von Professor Dr. Uwe Holtz MdB

Nach Schätzungen der Deutschen Tinnitus-Liga leiden in der Bundesrepublik etwa 2,5 Millionen Menschen an Dauerlärm im Ohr. Pfeifen, Rauschen, Sausen, Klingen im Ohr machen den Betroffenen das Leben oft zur Hölle.

Weil die genauen Ursachen für Tinnitus noch nicht erforscht sind - vermutet werden als Ursachen Veränderungen an der Halswirbelsäule, Mittelohrentzündungen, Arteriosklerose, Schädigungen der äußeren Haarzellen im Schneckenhaus des Ohrs und der Nervenbahnen -, ist es schwierig, gezielte therapeutische Maßnahmen zu entwickeln.

In einem umfangreichen Briefwechsel mit dem Forschungsministerium habe ich mich darum bemüht, den Stand der deutschen Tinnitus-Forschung verbessern zu helfen. Von der Deutschen Tinnitus-Liga wird ein erhebliches Forschungsdefizit im Bereich der Tinnitus-Forschung beklagt. Ich wollte deshalb vom Forschungsminister wissen, wie das Ministerium den Stand der deutschen Tinnitus-Forschung vor allem auch im internationalen Vergleich einschätzt. In der Antwort des Ministeriums vom 23. September 1988 heißt es, die Tinnitus-Forschung in der Bundesrepublik sei „voll konkurrenzfähig im internationalen Bereich“. Zahlreiche Projekte im Grundlagenbereich seien von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert worden. In einem weiteren Schreiben des Ministeriums wird in Aussicht gestellt, das Thema Tinnitus in das Programm „für Forschung und Entwicklung im Dienste der Gesundheit“ aufzunehmen.

Die Deutsche Tinnitus-Liga begrüßt die Aufnahme der Tinnitus-Forschung in das Forschungsprogramm, sieht aber dennoch erheblichen „Nachholbedarf“. Einer ihrer Experten, der Heidelberger Priv. Doz. Dr. T. Lenarz, widerspricht in seiner Stellungnahme der Antwort des Forschungsministeriums. Eine gezielte Grundlagenforschung sei nicht zu erkennen, auch gebe es keine epidemiologischen Daten zur Situation der Tinnitus-Betroffenen in der Bundesrepublik. Es herrsche in therapeutischer Hinsicht eine „katastrophale Unterversorgung“.

Ich halte es für die Entwicklung geeigneter und wirkungsvoller therapeutischer Methoden für unerlässlich, daß die Tinnitus-Grundlagenforschung verstärkt gefördert wird. Dies ist man den über zwei Millionen Betroffenen schuldig. Dazu seien eine epidemiologische Grundlagenstudie, gezielte Anwendungsuntersuchungen, Wirksamkeitsprüfungen einzelner therapeutischer Vorschläge, gezielte pharmakologische Untersuchungen und die Entwicklung apparativer Hilfen notwendig.

(-/17.1.1989/st/ks)